



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Vierzehntes Kapitel. Die Großmächte während des Balkankrieges:
21.Oktober 1912 bis 23.November 1912

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

Vierzehntes Kapitel.

Die Großmächte während des Balkankrieges*).

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 267.

Persönlich. Sehr vertraulich. Man fürchtet hier immer mehr den Krieg und die Möglichkeit von Komplikationen; zu dem durch die Poincaréschen Formeln eingeschränkten Programm hat man nur wenig Zutrauen. Die Aufmerksamkeit lenkt sich auf die österreichisch-russischen Beziehungen. Immer mehr macht sich die Meinung geltend, daß, wenn ein Einvernehmen zwischen Wien und uns erzielt werden könnte, dieses überall mit Befriedigung aufgenommen werden würde. Die Rolle der am meisten interessierten Mächte würde als gerechtfertigt anerkannt werden und außerdem würde das Zusammengehen Rußlands mit Österreich eine absolute Garantie der Uneigennützigkeit bieten, welche vielleicht allein geeignet wäre, den Versuchen, Zwietracht zu säen, zu begegnen. Das vollkommene Zutrauen der englischen Regierung zu der unsrigen würde nicht genügen. Immerhin ist dies Zutrauen so groß, daß jede russische Initiative im angedeuteten Sinne eine tatkräftige Unterstützung Englands finden würde. Vielleicht könnte eine derartige Initiative das französische Programm folgendermaßen ersetzen: Rußland und Österreich würden von Europa ein neues Mandat erhalten, um im geeigneten Augenblicke bei den Balkanstaaten zu intervenieren, und dieser Schritt würde sofort von allen Mächten in Konstantinopel unterstützt werden. Folgendes wären ungefähr die Grundlagen der Friedensbedingungen, die den Kriegführenden im Augenblicke der Intervention mitzuteilen wären:

*) Siehe auch Kapitel III und XIII.

Vollkommene Erhaltung der Türkei in Konstantinopel und dessen Distrikt. Nominale türkische Souveränität in allen übrigen Provinzen der europäischen Türkei mit Einführung organischer Reformen unter der gemeinsamen Kontrolle und Garantie der Großmächte. Keine territorialen Veränderungen für die Kriegführenden.

Meiner Ansicht nach hat dieser Plan folgende Vorzüge: die wirklichen Interessen Rußlands werden geschützt; sein internationales Prestige und seine Autorität für die Zukunft werden gestärkt; eine Garantie der Erhaltung des Friedens zwischen Rußland und Österreich; alle Intrigen, welche die jetzige Lage vergiften, werden gelähmt; endlich ein viel wirksameres und schnelleres Programm als das der Franzosen.

Ich kann nicht beurteilen, ob ein so festes Einvernehmen zwischen uns und Österreich möglich ist. Immerhin scheint mir die jetzige Haltung Österreichs hierzu günstig, vor allem, wenn das Wort Autonomie nicht ausgesprochen wird. Ich weiß auch nicht, ob Schwierigkeiten ganz anderer Art in Rußland erhoben werden würden, aber ich glaube, die Unterstützung Englands wäre Ihnen gesichert. Ich habe guten Grund, dies anzunehmen.

Um die Empfindlichkeit der Franzosen nicht zu verletzen, glaube ich, daß es richtig wäre, Grey zuerst ganz vertraulich zu befragen. Sind Sie damit einverstanden, so kann ich es von mir aus persönlich tun. Seiner Verschwiegenheit sind wir sicher. Ich bitte um Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 268.

Ich habe seinerzeit Nicolson ganz vertraulich von dem Abschlusse des serbisch-bulgarischen Bündnisses Kenntnis gegeben. Nicolson wußte bereits davon, wahrscheinlich durch das Pariser Kabinett. Er hat damals diese Konvention als gegen die Möglichkeit österreichischer Übergriffe gerichtet betrachtet. Er hat keine Bemerkung hinzugefügt und nur gesagt, daß er kein Zutrauen zu der Diskretion König Ferdinands habe und nicht erstaunt sein würde, wenn letzterer im geheimen dem Wiener Kabinett irgendwelche Mitteilungen hierüber zukommen ließe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 269.

Grey hat mir das Telegramm Buchanans zu lesen gegeben, in dem dieser über sein Gespräch mit Ihnen vom 5./18. Oktober berichtet. Sie haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Mächte, und vor allem Rußland, England und Frankreich, sich möglichst genau über diejenigen Vorschläge verständigen, welche bei sich bietender Gelegenheit die Grundlage für eine Intervention bilden könnten. Grey teilt vollkommen Ihren Standpunkt. Er will heute auf diese Vorschläge nicht weiter eingehen und nur eine Bemerkung machen: er ist der Ansicht, daß in jedem Falle, selbst wenn die Türkei einen entscheidenden Sieg davontragen sollte, die Ordnung in den von Christen bewohnten türkischen Provinzen von Grund aus geändert werden muß; daß radikale Reformen mit direkter Einmischung der Mächte notwendig geworden sind; wenn das türkische nationale Gefühl hierdurch verletzt würde, so gäbe es kein anderes Mittel, als so gut wie möglich eine rein nominale türkische Souveränität aufrechtzuerhalten; er stimmt für die Erhaltung des territorialen status quo; und endlich dürfe die Türkei in keinem Falle einen Vorteil gewinnen. Grey hat gewisse Zweifel hinsichtlich Aretas. Er glaubt, daß das Schicksal dieser Insel gemeinsam von allen Großmächten, die Türkei inbegriffen, bestimmt werden muß. Er persönlich werde sich nur der Besitzergreifung Aretas durch eine andere Großmacht widersetzen, dasselbe beziehe sich auch auf die griechischen Inseln, die von Italien besetzt worden sind. Ich schaltete ein, daß ich wohl anzunehmen berechtigt sei, daß England selbst kein Auge auf diese Inseln geworfen habe. Grey hat mir geantwortet: „Keineswegs“, und hinzugefügt, daß die Cartwright zugeschriebenen Worte eine reine Erfindung seien. Ich fragte Grey vertraulich, ob er dagegen sei, daß diese Insel einfach von Griechenland annektiert werde. Er antwortete, daß er keine Einwendungen erheben werde, wenn die Mächte ihre Zustimmung geben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 270.

Ich beziehe mich auf das Telegramm Nr. 269. Grey setzte hierauf die Unterredung ganz vertraulich fort und sagte, er habe zu seinem Bedauern gehört, die russische Presse beschuldige ihn, Obstruktion gegen die russische Politik in der Türkei zu machen, um die mohammedanischen Gefühle zu schonen. Grey sagte mir, er halte diesen Vorwurf für ungerechtfertigt und er habe nur hinsichtlich Persiens anlässlich solcher Zwischenfälle wie z. B. in Mesched darauf hingewiesen, daß es für England von Wichtigkeit sei, diese Gefühle zu schonen. Das, was er mir soeben über das Resultat dieses Krieges, soweit die Türkei in Betracht kommt, gesagt habe, müsse beweisen, daß die Schonung dieser Gefühle nur eine ganz untergeordnete Rolle spiele. Er hofft, daß die russische Regierung ihm dafür in Persien Erleichterungen schaffen wird, da die türkischen Fragen ihm, Grey, gewiß Schwierigkeiten bereiten werden; sie würden jedoch die Haltung Englands gewiß nicht beeinflussen.

Die ganze Unterredung mit Grey ist ein Beweis, daß bei ihm im Interesse der Erhaltung der Entente ein Meinungsumschwung stattgefunden hat und daß er entschlossen ist, der Entente zuliebe viel größere Zugeständnisse auf Kosten der Türkei zuzulassen als die, zu denen er bis jetzt bereit war. Ich halte diese Unterredung mit Grey für sehr wichtig.

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Bendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 9./22. Oktober 1912.

Ich habe Ihnen gestern mehrere Telegramme von besonderer Bedeutung geschickt, vor allem dasjenige, in dem Grey Ihren Vorschlag bezüglich eines sofortigen Meinungsaustausches annimmt. Ich habe ihn hierauf gefragt, ob er irgendwelche Vorschläge zu machen habe. Grey ist zuerst auf den Vorwurf zu sprechen gekommen, daß er den Kalifen zu sehr schonen. Sodann besprach er die Punkte, die in Paris festgelegt worden sind: Verbleiben des Sultans in Konstantinopel, Reformen, territoriale Integrität. Aber den ersten Punkt hat er nichts gesagt;

sein Schweigen läßt aber voraussetzen, daß er ihn aufrecht erhält. Ganz besonders ausführlich hat er über die Reformen gesprochen. Er will, daß sie durchaus radikal seien, unter Kontrolle und Garantie der Mächte, wobei selbst ein endgültiger türkischer Sieg der Türkei keinen Vorteil bringen dürfe. Ich will keine voreiligen Schlüsse hinsichtlich des dritten Punktes der Integrität ziehen. Grey hatte schon territoriale Vorteile zugunsten der Türkei ausgeschlossen; im umgekehrten Sinne schien er weniger bestimmt zu sein. Dies ist alles, was ich sagen kann. Was die nominale türkische Souveränität anbelangt, so bedeuteten seine Worte, daß er ein Minimum zulassen werde: „so viele Formen einer türkischen Souveränität sind bereits gefunden worden, daß es leicht sein sollte, sich zu verständigen“. Wie Sie sehen, er hat eigentlich nichts hinzugefügt, aber er hat die Frage in einem proslawischen oder vielmehr prochristlichen Sinne umschrieben und die ganze Situation geklärt. Dies wäre in jedem Falle wichtig gewesen, ist es um so mehr, als Greys Standpunkt wohl überlegt war. Ich habe manches über die geistige Arbeit innerhalb des Kabinettes gehört. Der Einfluß und der scharfe Verstand Nicolson's haben viel dazu beigetragen; wahrscheinlich auch der eine oder andere Brief Buchanan's; manche behaupten auch, ohne daß ich dessen gewiß bin — der König. Sie können sich vorstellen, daß ich mich dem Auswärtigen Amte gegenüber nicht zum Verteidiger der russischen Presse aufgeworfen habe. Immerhin habe ich auf die vielen Fragen, die mir von parlamentarischer Seite gestellt worden sind: „Handelt es sich wirklich um eine sehr starke Strömung in Rußland, stärker als man erwartete?“, bejahend geantwortet. Ich habe klar gesehen, daß folgendes Dilemma gelöst werden mußte: weitere Schonung des Kalifen in einem Maße, das mit der Entente mit Rußland unvereinbar war, oder aber Erhaltung der Entente und nur ein Minimum an Schonung des Kalifen, d. h. Verbleib des Sultans in Konstantinopel. Die Entente hat den Sieg davongetragen.

Dies wußte ich vor meiner Unterredung mit Grey und deshalb habe ich Ihnen mein vertrauliches Telegramm Nr. 267 geschickt.

Ich bin Grey dankbar, daß er heute endgültig Stellung

genommen hat, während der Kampf in seiner eigenen Partei noch andauert und während die Sache des Sultans hier noch starke Sympathien hat. Diese Evolution Greys beweist Mut.

Zum Schlusse — solange der Sultan in Konstantinopel bleibt, wird Grey allem zustimmen, was den Frieden erhalten wird, folglich wird jede Lösung, die für uns und Österreich annehmbar ist, auch für ihn annehmbar sein. Er hat aber keine Sympathie mit den österreichischen Absichten auf dem Balkan und in dem soeben angedeuteten Maße wird unser Programm und nicht dasjenige Österreichs, wenn es ein solches gibt, von ihm im Interesse der Entente unterstützt werden. Was mich nun vor allem beschäftigt, ist die Frage: Werden wir uns mit Österreich über radikale und dauerhafte Reformen verständigen können? Man kann jetzt voraussehen, daß bestimmte Reformen Österreich den Weg mehr noch als ein großserbisches Königreich verlegen werden. Ich sage Österreich, da ich wirklich keine andere Gefahr erblicke, denn es erscheint mir erwiesen, daß keine andere Macht den Krieg wünschen kann.

Wenn in persönlicher Hinsicht zwischen Grey und Ihnen das Ergebnis Ihres Besuches ein sehr befriedigendes gewesen ist, so steht zwischen Paris und London nicht alles zum besten. Es hat keine besondere Bedeutung, aber es steht nicht zum besten. Ich kenne nicht Paléologue. Man liebt ihn hier nicht besonders und man schreibt ihm eine bedeutende Rolle zu.

Die Ernennung Lichnowskys ist gut aufgenommen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 275.

Vertraulich. Cambon teilt mir mit, Nicolson habe die Meinung geäußert, daß eine der Großmächte ein Reformprojekt ausarbeiten müsse, und wenn es auch nicht vollständig sei, so sollte es doch in den Hauptlinien fest umrissen sein, um den andern Mächten vorgeschlagen zu werden. Nicolson glaubt, daß Rußland am besten hierzu geeignet sei. Und zwar wäre es am besten, wenn Rußland, ehe es seine Vorschläge den andern Mächten unterbreitet, sich zuerst mit Österreich verständigt.

Mein Eindruck ist der, daß man Formeln, die beständig ergänzt werden, hier nicht für praktisch hält.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 2314.

Ihr Telegramm Nr. 267 erhalten. Die in demselben enthaltenen Grundlagen halten wir für durchaus annehmbar und haben wir nach Paris zu einer redaktionellen Umarbeitung mitgeteilt. Wir würden es für möglich halten, die Garantie der Reformen durch die Mächte nicht zu ertönnen, da der Begriff einer Konferenz auch eine Garantie bedeutet. Gleichzeitig wollen wir uns mit der Ausarbeitung eines konkreten Reformprogramms befassen, über welches wir jederzeit verfügen könnten, selbst wenn, je nach den Ereignissen des Krieges, bedeutende Veränderungen in demselben vorgenommen werden müßten.

Wir würden gerne wissen, ob die von Ihnen angeführten Grundlagen von Grey formuliert worden sind oder ob sie sich aus Ihren allgemeinen Beobachtungen an Ort und Stelle ergeben. Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß ein gemeinsames Vorgehen Rußlands mit Österreich allein, selbst wenn dies im Namen aller andern Mächte geschehen sollte, in keinem Falle stattfinden kann. Die Besserung in unseren Beziehungen zu Wien hat uns die Möglichkeit gegeben, den Krieg zu lokalisieren, aber wenn es sich um positive Aufgaben handelt, sowohl bei der Intervention als auch bei der Liquidierung des Krieges, so rechnen wir auf ein möglichst enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Oktober 1912. — Nr. 282.

Nicolson hat mir gestern mit bezug auf Ihr Reformprogramm gesagt, daß, wenn der Erfolg der Alliierten anhält und sich weiter entwickelt, Ihr Projekt den neuen Bedingungen nicht mehr entsprechen dürfte. Als persönliche Ansicht wiederholte er mir, daß es schwer sein würde, das Prinzip der territorialen Integrität aufrechtzuerhalten. Er wies auf die Meinung hin, die fast in der ganzen englischen Presse zum Ausdruck gebracht wird. Ich versicherte ihm, Sie hätten sich die Möglichkeit vorbehalten, das Programm je nach den Bedürfnissen des

Augenblickes umzuändern, und deshalb seien territoriale Erwerbungen zugunsten der Alliierten nicht ausgeschlossen. Ich glaube, daß die Worte Nicolson's die Ansicht der englischen Regierung wiedergeben. Ich kann nur bestätigen, was Nicolson über die englische Presse sagt. Die Evolution ist ebenso schnell wie deutlich. In militärischen Kreisen schließt man jedoch noch nicht die Möglichkeit völlig aus, daß eine bei Konstantinopel konzentrierte türkische Armee eine Änderung in der Lage herbeiführe — wenn nur diese Armee nicht völlig demoralisiert ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. Oktober 1912. — Nr. 283.

Meine heutige Unterredung mit Nicolson bezog sich wieder auf Ihr Reformprojekt. Ich fragte ihn, ob er es kenne. Er antwortete: Nicht vollkommen. Ich habe es für nötig gehalten, ihm den Inhalt Ihres Telegrammes 2358 mitzuteilen. Nicolson antwortete ungefähr dasselbe wie gestern und zeigte ein besonderes Interesse, als ich ihm die für den Sultan reservierte Zone beschrieb. Ferner sagte ich ihm, ich könne ihm auch vertraulich Ihre Ansicht über die Erhaltung des status quo mitteilen. Ich sagte ihm, Sie gäben sich völlig Rechenschaft, daß für uns die Erhaltung des status quo ante nicht als Prinzip gelten könne, so daß, wenn die eine oder andere Macht sich für eine Veränderung desselben zugunsten der Alliierten aussprechen würde, es für Rußland psychologisch unmöglich sein würde, Einwendungen zu erheben. Nicolson sagte, daß er dies vollkommen verstünde. Ich teilte ihm mit, daß Sie sich deshalb so vorsichtig in dieser Hinsicht ausgesprochen hätten, weil Sie befürchteten, daß territoriale Vergrößerungen der Balkanländer entsprechende Kompensationsforderungen von seiten anderer Mächte hervorrufen könnten. Ich nannte zuerst Rumänien. Ich wolle in keiner Weise eine Meinung über die Absichten Oesterreichs äußern, doch seien Sie durch den plötzlichen und unerwarteten Umschwung in Wien überrascht worden; man müsse nicht zulassen, daß die Frage des Sandschaks aufgeworfen werde; übrigens braucht es sich nicht um territoriale Kompensationen zu handeln — irgendein anderes Projekt, als Be-

dingung auferlegt, könnte Österreich einen vorherrschenden Einfluß auf dem Balkan sichern. Dies wäre für uns unannehmbar. Ich sagte Nicolson, daß Rußland sich im Falle einer Vermittlung gegen eine derartige Möglichkeit schützen müsse. Nicolson sagte mir, das eben Gehörte habe auf ihn einen großen Eindruck gemacht. Er fragte, ob er die gesamte Lage folgendermaßen zusammenfassen könne: Unser Reformprojekt hängt von Ereignissen ab, die territoriale Veränderungen notwendig machen können.

Notwendigkeit einer Uneigennützigkeits-Erklärung von seiten der vermittelnden Mächte.

Die Marika als Grenze der unverminderten Autorität des Sultans unterstellten Zone.

Ich antwortete, daß ich mit dieser Darlegung einverstanden sei, und fügte hinzu, Sie glaubten, es wäre nötig, die Vermittlung unter französischer Initiative zu beschleunigen.

Nicolson sagte, er werde mit niemand als mit Grey über das eben Gehörte sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sazonow vom 17./30. Oktober 1912. — Nr. 284.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 283. In meiner Unterredung mit Nicolson habe ich absichtlich nicht gesagt, welche Art Abmachungen oder Vertrag zwischen Österreich und Serbien von uns befürchtet werde. Meine Beweisführung ging dahin, daß eine Uneigennützigkeits-Erklärung in jedem Falle nötig sei, vor allem aber, weil der Umschwung des Standpunktes Österreichs hinsichtlich des territorialen status quo darauf hindeuten könne, daß Österreich eine Kompensation anderer Art suche und zwar mittels eines Abkommens oder eines Bündnisses oder eines Handelsvertrages, und zwar als Bedingung auferlegt — was eine sehr bedeutende und mit russischen Interessen unzuvereinbarende Kompensation wäre. In diesem Falle würde Österreich nicht eine uneigennützige, sondern eine bedingte Haltung einnehmen, indem es vor allem seine eignen Interessen im Auge behalten würde. Ich glaube, dies ist wichtig, denn wenn wir schon heute voraussehen lassen würden, daß wir in Zukunft zu verhindern suchen werden, daß Öster-

reich sich in ökonomischer Hinsicht mit den vergrößerten Balkanstaaten verständigt, wären die Rollen ausgewechselt. Ich zweifle, daß wir in diesem Falle eine wirkliche Unterstützung bei den Westmächten finden würden. Denn wenn eine ökonomische Verständigung zwischen souveränen Staaten und entsprechend ihren gegenseitigen Interessen in Zukunft der Gefahr eines europäischen Krieges vorbeugen kann, so scheint mir, daß eine derartige Verständigung sowohl von der öffentlichen Meinung, als auch von den Regierungen der Westmächte gebilligt werden wird. Andererseits jedoch kann man uns nicht verwehren, uns jeder Verständigung, wenn sie von Österreich im voraus als eine aufzuerlegende Bedingung aufgefaßt wird, zu widersetzen. Dies ist meiner Ansicht nach ein unanfechtbares Prinzip, ganz ebenso wie es nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den territorialen Erwerbungen der kriegsführenden Balkanstaaten, besonders zwischen Bulgarien und Serbien herzustellen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 675.

In letzter Zeit hat der französische Außenminister in seinen Gesprächen mit Iswolsky wiederholt darauf hingewiesen, daß es ihm durchaus wünschenswert erscheine, Grey ausführlichere Mitteilungen über den Inhalt des serbisch-bulgarischen Bündnisses und über die Haltung Rußlands in dieser Frage zu machen. In Anbetracht des Umstandes, daß die in Aussicht genommene Vermittlung der Mächte ein möglichst enges Einvernehmen zwischen Petersburg, Paris und London nötig macht, halten wir es für wünschenswert, daß Sie mit Grey auf diese Fragen, die Sie schon im Frühling mit ihm besprochen haben, jetzt nochmals zurückkommen.

Sie können ihm sagen, die russische Regierung habe gewußt, daß Geschow seinerzeit durch Vermittlung des englischen Gesandten in Sofia dem Londoner Kabinett hierüber Mitteilung gemacht habe; es habe deshalb für Sie nicht die Notwendigkeit bestanden, mit Grey ausführlich über diesen Vertrag zu sprechen, um so weniger als der letztere auf Wunsch der beiden interessierten Regierungen sehr geheim gehalten werden sollte.

Was nun den Vertrag zwischen Bulgarien und Serbien selbst anbelangt, so lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Standpunkt, den Rußland von Anfang an in dieser Angelegenheit eingenommen hat.

Die Kaiserliche Regierung ist seinerzeit über den Gang der Verhandlungen zwischen Sofia und Belgrad unterrichtet worden. Diese Verhandlungen sind von der Erwägung ausgegangen, daß dem Bruderkriege zwischen ihnen dadurch ein Ende gesetzt werden muß, daß ihre gegenseitigen Interessen abgegrenzt und die Sphäre ihres Einflusses in den Gebieten der europäischen Türkei genau bestimmt werden.

Unter dieser Bedingung hat das Abkommen zwischen den beiden Staaten unsere völlige Billigung gefunden. Denn in dem Zwiespalt zwischen Serbien und Bulgarien haben wir stets ein Hindernis zur Beruhigung des Balkans erblickt. Es bestand infolge des gegenseitigen Mißtrauens eine ungesunde und schwere Atmosphäre von Intrigen und Politisieren, die es unmöglich machte, die wirklichen nationalen Interessen beider Staaten zu vertreten. Alles, was dazu beitragen konnte, diese Atmosphäre zu reinigen, wurde von uns lebhaft begrüßt.

Da wir annahmen, daß die neuen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien um so dauerhafter sein werden, als von dritter Seite kein Druck ausgeübt wird, haben wir uns in die direkten Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Sofia und Belgrad nicht eingemischt. Als der Vertrag unterschrieben war und uns mitgeteilt wurde, haben wir vieles in ihm gesehen, was über die oben beschriebenen Ziele hinausging und was uns ernstliche Bedenken einflößen mußte. Aber das hauptsächlichste Ziel, den unnormalen Beziehungen zwischen zwei benachbarten und blutsverwandten Völkern ein Ende zu setzen, war erreicht. Dieses Resultat wollten wir durch Entgegnungen und Proteste nicht in Frage stellen. In diesem Vertrage war auch die Rolle Rußlands als des höchsten Schiedsrichters im Falle von Meinungsverschiedenheiten festgelegt worden. Man hat uns nicht gefragt, ob wir damit einverstanden sind, daß Rußland in einem bulgarisch-serbischen Vertrage erwähnt wird, aber wenn wir einen derartigen Vorschlag ablehnten, so mußten wir befürchten, die weitere Entwicklung der Politik der beiden

Länder in einem unerwünschten Sinne zu beeinflussen. Diese Erwägungen haben uns veranlaßt, uns aller Entgegnungen zu enthalten.

Dies ist von Anfang an unser Standpunkt hinsichtlich des bulgarisch-serbischen Abkommens gewesen. Im jetzigen Augenblicke ist derjenige Teil des Vertrages von besonderer praktischer Bedeutung, welcher sich auf eine bestimmte Abgrenzung im Falle eines siegreichen Krieges mit der Türkei bezieht.

Auf Grund dieses Vertrages werden alle Gebiete, die gemeinsam erobert worden sind, den beiden vertragschließenden Mächten als Kondominium gehören und diese Eroberungen werden sofort und nicht später als innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß folgendermaßen verteilt werden: (es folgt hier eine genaue Bestimmung der geographischen Grenzen zwischen Serbien und Bulgarien).

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß die genaue Abgrenzung dieser Territorien in unseren Augen nicht eine endgültige Festsetzung der Grenzen bedeutet, sondern bloß einen Hinweis auf das gegenseitige Verhältnis der Interessen beider Staaten; dieses Verhältnis ist also von ihnen beiden anerkannt worden und innerhalb desselben wollen wir das richtige Gleichgewicht anlässlich eventuell nötig werdender Kompensationen hergestellt sehen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 2403.

Ich telegraphiere nach Sofia: Man muß in nächster Zeit mit neuen Erfolgen Bulgariens rechnen und durch eine Belagerung der Linie von Chataldja würde eine gefährliche Lage geschaffen werden. Wir befürchten in diesem Falle einen für Bulgarien ungünstigen Umschwung in der öffentlichen Meinung Europas und die Möglichkeit einer internationalen Besetzung der türkischen Hauptstadt, um der Gefahr großer Unruhen daselbst vorzubeugen und die Interessen der Gläubiger der Türkei zu schützen. Unter letzteren nehmen Frankreich und England

die erste Stellung ein. Man kann nicht annehmen, daß diese beiden Staaten ihre Interessen zum Opfer bringen werden, selbst wenn Rußland versuchen sollte, sie von irgendwelchen Handlungen zurückzuhalten. Wenn nun in Paris und London ein für den Balkanblock ungünstiger Umschwung eintreten sollte, so besteht kein Zweifel, daß dies in Wien und Bukarest benutzt werden würde, und wir haben wenig Hoffnung, daß es uns dann wie bisher gelingen würde, Osterreich und Rumänien von einem Eingreifen zurückzuhalten. Alle diese Erwägungen veranlassen uns, der bulgarischen Regierung freundschaftlich aber ernstlich zu raten, die Notwendigkeit der Besonnenheit einzusehen und rechtzeitig stehenzubleiben. Wir nehmen an, daß in diesem Falle, und ehe ein möglicher Mißerfolg vor Chataldja eintritt, die Balkanstaaten auf territoriale Erwerbungen rechnen können. Auf alle Fälle ist ihnen die volle Unterstützung unserer Diplomatie zugesichert, unter der Bulgarien gut bekannten Bedingung, daß alle Kompensationen in der Gestalt von Reformen oder territorialen Erwerbungen durch eine Linie, die von der Mündung der Maritza über Adrianopel nach dem Schwarzen Meer führt, begrenzt werden. Von dieser Linie an muß das ganze Territorium, das zu Konstantinopel gehört, unter der wirklichen Souveränität des Sultans bleiben. In dieser Frage sind keinerlei Kompromisse möglich. Wir hoffen, daß Bulgarien sich und Rußland nicht in die schwierige Lage versetzen wird, daß wir dies in Sofia mit größerem Nachdruck betonen müssen. Ich bitte Sie, uns das Resultat Ihrer Unterredung mit Geschow mitteilen zu wollen.

Telegramm des russischen Außenministers an die russischen Botschafter in Paris und London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 2405.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 2403. Persönlich. Freundschaftliche aber ernstliche Vorstellungen Frankreichs und Englands in Sofia und Belgrad wären uns sehr erwünscht, doch müßten dieselben nicht den Charakter eines vereinbarten Schrittes haben und von unserer Initiative nichts merken lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Oktober/1. November 1912. — Nr. 290.

Ihr Telegramm 2405 erhalten. Persönlich. Ich bitte Sie zu beachten, daß die letzten Ereignisse hier einen so starken Eindruck hervorgerufen haben, daß jedes Interesse für die Sache der Türkei geschwunden ist. Ich kann noch nicht beurteilen, wie weit diese Stimmung gehen wird, aber es kann sehr weit sein. Greh wird im Parlament starkem Widerstand gegen die Erhaltung der Türkei auf dem Balkan, außer Konstantinopel, begegnen. Ich will mich jedoch nicht äußern, welchen Eindruck hier die Besetzung Konstantinopels durch die Bulgaren hervorgerufen würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1912.

Wir haben die folgenden Vorschläge Frankreichs angenommen: 1. Die Mächte werden einen Kollektivschritt bei den kriegsführenden Staaten unternehmen, um die Feindseligkeiten einzustellen. 2. Die Souveränität des Sultans wird in Konstantinopel und dem angrenzenden Bezirke ohne Einschränkung aufrechterhalten. 3. In den anderen Teilen der europäischen Türkei wird die nationale, politische und administrative Ordnung je nach den entsprechenden Gebieten verändert werden, und zwar in der Art, daß die Interessen aller interessierten Staaten in das richtige Gleichgewicht gebracht werden. 4. Um diese verschiedenen Fragen gemeinschaftlich zu lösen, werden sich die Mächte zu einer Konferenz versammeln, zu der auch die kriegsführenden Staaten und Rumänien eingeladen werden sollen. Unsern Standpunkt entwickle ich in dem Telegramm Nr. 2423.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1912. — Nr. 2423.

Unserer Ansicht nach kann ein Eingreifen der Mächte in den Krieg nur Erfolg haben, wenn dieser Schritt sofort geschieht. Das allgemeine Interesse der Sicherung Konstantinopels erfordert die Schaffung einer Verteidigungszone, die der wirklichen Souveränität des Sultans unterstellt sein würde. Die Grenze dieses Gebietes wird durch die Ihnen schon bekannte

Linie von der Mündung der Maritza unter Einschluß von Adrianopel bis zum Schwarzen Meere bestimmt. Der ganze übrige Teil der europäischen Türkei muß unserer Ansicht nach auf Grund des Rechtes der faktischen Besitzergreifung zwischen den Alliierten geteilt werden. In dieser Hinsicht sind wir bereit, das Höchstmäß des Erreichbaren zu vertreten. Auf diese Weise würde auf dem Balkan ein dauerhafter Friede gesichert und das schwierige Verfahren einer Vermittlung vereinfacht werden. Nur eine schnelle und einmütige Zustimmung der Mächte zu diesen Bedingungen kann der Gefahr einer Besetzung Konstantinopels durch die Balkan-Alliierten vorbeugen, was europäische Verwicklungen zur Folge haben könnte, denn wenn die Alliierten nicht eine bestimmte Zusage hinsichtlich der Erfüllung ihrer Wünsche von den Mächten erhalten, so werden sie nicht imstande sein, noch länger zuzuwarten, und sie können zur Besetzung Konstantinopels schreiten, um sich ein Faustpfand zu sichern. Natürlich müßte man gleichzeitig auch verschiedene andere Nebenfragen prüfen. Im Prinzip halten wir es für möglich, die Bildung eines autonomen Albaniens unter der Souveränität des Sultans zuzulassen, wobei die Notwendigkeit nicht vergessen werden darf, Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meere zu geben. Zwischen Bulgarien und Rumänien muß eine Grenzverbesserung vorgenommen werden, um letzteres für seine loyale Haltung während des Krieges zu belohnen. Wir sind bereit, diesbezügliche Schritte in Sofia zu unterstützen. Wir würden es zulassen, daß zwischen Österreich und Serbien ein Abkommen getroffen wird, um ersterem einige Erleichterungen für den freien Transit der österreichischen Waren durch das neue serbische Territorium zu geben. Rußland, als orthodoxe Großmacht, hält sich für berechtigt, für die unabhängige Stellung des ökumenischen Patriarchen einzutreten.

Sie können diesen Standpunkt der englischen Regierung gegenüber vertreten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 20. Oktober/2. November 1912. — Nr. 295.

Ihre Telegramme 2403 und 2405 erhalten. Ich habe mit Grey gesprochen. Er sagt, es wäre unmöglich, von den Bul-

garen zu verlangen, vor den Linien von Chataldja stehen zu bleiben, da dies ein Opfer bedeuten könnte, welches vielleicht den Türken die Möglichkeit gäbe, sich zu sammeln und das bisherige Ergebnis des Krieges umzustößen. Er sagt, daß die öffentliche Meinung in England sich so kategorisch zugunsten Bulgariens äußern würde, daß er eine derartige Forderung nicht stellen könne. Er glaubt annehmen zu können, daß Ihr Telegramm abgeschickt worden ist, bevor die Nachricht von dem letzten Siege der Bulgaren, der entscheidend zu sein scheint, eingetroffen war. Grey las mir ein Telegramm des englischen Gesandten in Sofia vor. Es enthielt die Nachricht von dem völligen Zusammenbruch der türkischen Armee und dem bulgarischen Vormarsch auf Chataldja mit der Absicht, bis Konstantinopel vorzudringen. Grey glaubt, daß es jetzt zu spät sei, und fragt sich, ob Sie jetzt nicht derselben Ansicht wären. Ich erwiderte, daß ich, was Konstantinopel anbelangt, Ihrer Meinung sicher sei, und ich berief mich auf die vitale Bedeutung, die die Frage Konstantinopels für Rußland habe. Grey sagte mir, er sehe das Schwierige der Lage ein und werde mir seinen Entschluß später mitteilen.

Heute morgen zeigte mir Grey eine autorisierte bulgarische Mitteilung in der Times. Dieselbe besagt: „Wenn die bulgarischen Truppen in Konstantinopel eindringen, so geschieht es, um dort den Frieden zu diktieren und sich dann sofort aus der Hauptstadt zurückzuziehen.“ Grey sagte, er werde diese Mitteilung zum Ausgangspunkt einer Unterredung mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten nehmen. Nachdem letztere stattgefunden hatte, erzählte mir Grey folgendes: Er habe den Gesandten zuerst gefragt, welches der Ursprung dieser Mitteilung sei. Madjarow erwiderte, daß sie von ihm stamme und seine persönliche Ansicht wiedergäbe. Grey antwortete, daß er als ein Freund Bulgariens spreche und sich auf die Sympathiebezeugungen der Engländer für die bulgarische Sache berufe; er brauche an die Sympathien Rußlands nicht zu erinnern; er könne aber nur sagen, daß seit Beginn der Krise Rußland seinen Standpunkt hinsichtlich Konstantinopels festgelegt habe. Es sei deshalb von äußerster Wichtigkeit, daß Bulgarien die russische Regierung so bald wie möglich hinsichtlich seiner Ab-

sichten auf Konstantinopel beruhige, denn im entgegengesetzten Falle könnte Bulgarien, bereits durch einen Druck von Seiten Rumäniens und vielleicht auch Oesterreichs bedroht, auch die Sympathien Rußlands verlieren und in eine äußerst schwierige Lage geraten. Madjarow versprach, obiges sofort nach Sofia zu telegraphieren.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 2455.

Unserer Meinung nach kann man die Alliierten nur dann von der Besetzung Konstantinopels zurückhalten, wenn die Mächte den Balkanstaaten einmütig erklären, daß die ganze europäische Türkei bis zu der ihnen bekannten Linie über Adrianopel zum Schwarzen Meere zwischen ihnen aufgeteilt werden wird, und wenn die Großmächte den in meinem Telegramm 2423 dargelegten Standpunkt annehmen, d. h. wenn die ökonomischen Interessen Oesterreichs in Berücksichtigung gezogen werden. Wir halten es für sehr wünschenswert, daß Frankreich unverzüglich den Mächten einen derartigen Vorschlag macht. Wir glauben, daß der Schlüssel zur ganzen Lage sich in Berlin befindet, und von der Einwirkung der deutschen Regierung auf Wien wird der Erfolg des französischen Vorschlages in hohem Maße abhängen.

Ich bitte Sie, Poincaré vertraulich mitzuteilen, daß die Besetzung Konstantinopels durch die Balkan-Alliierten zu dem gleichzeitigen Erscheinen unserer ganzen Schwarzmeer-Flotte in der türkischen Hauptstadt führen würde. Um die große Gefahr allgemeineuropäischer Verwicklungen, die mit einem solchen Schritte verbunden wäre, zu vermeiden, ist es wichtig, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß in Berlin und Wien zur Verfügung stehenden Einfluß aufbietet. Wir lenken die Aufmerksamkeit unseres Bundesgenossen darauf, daß die russische öffentliche Meinung, die die Ereignisse auf dem Balkan mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, die Regierung in eine äußerst schwierige Lage versetzen kann. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich hinzu, daß unsere militärischen Behörden es jetzt für möglich halten, ihren ursprünglichen Standpunkt zu verändern, und

einige Zugeständnisse, wie z. B. Adrianopel, zugunsten Bulgariens zu machen bereit sind.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 298.

Ihr Telegramm 2423 erhalten. Als ich den Inhalt Grey mitteilen wollte, las er mir ein sehr ausführliches Telegramm Buchanans über denselben Gegenstand vor. Ich sagte ihm hierauf, ich hätte nichts hinzuzufügen, da das Telegramm Buchanans noch größere Einzelheiten enthalte. Grey sagte, er habe keine Einwendungen zu erheben; er halte die Information über den Sandschat für sehr wichtig¹⁾. Er erblicke hierin einen wertvollen Hinweis auf die österreichischen Absichten. Serbien werde vielleicht Schwierigkeiten machen, die aber nicht unüberwindlich sein dürften; überhaupt sähe er keine Einwendungen von irgendeiner Seite voraus, jedoch sei die Frage eines serbischen Zuganges zum Meere recht heikel. Er billigt ganz besonders das Projekt hinsichtlich Salonikis. Er ist Ihrer Ansicht, daß man sehr schnell handeln muß, denn es sei schwer, die bulgarische Armee zum Stehen zu bringen, ohne den Alliierten ernstliche Garantien zu geben.

Er kam auf seinen Gedanken zurück, daß, um handeln zu können, man die österreichischen Bedingungen kennen müsse. Er überläßt es Ihnen, den besten Weg hierzu zu wählen. Er sieht nicht ein, warum Österreich nicht ebenso wie Rußland seine Wünsche deutlich ausdrücken könnte. Ich zweifle nicht, daß Buchanan Ihre weiteren Erwägungen, mit denen Grey einverstanden ist, richtig wiedergegeben hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 299.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 298. Sodann sagte mir Grey vertraulich, daß weder das Telegramm von Buchanan noch das an mich adressierte Telegramm die durch Griechenland im Ägäischen Meere besetzten Inseln erwähne.

¹⁾ Das Wiener Kabinett hatte einer eventuellen Aufteilung des Sandschats von Nowibasar unter Serbien und Montenegro zugestimmt.

Er meine, daß, wenn Griechenland diese Inseln behalten würde, dies nur unter ganz bestimmten Bedingungen der Fall sein könne. Es würde den allgemeinen Interessen entsprechen, wenn eine Macht zweiten Ranges nicht die Möglichkeit hätte, die Meerengen nach ihrem Gutdünken schließen zu können. Diese Frage berühre die russischen Interessen mehr noch als die englischen, und wenn er von russischen Interessen sprechen zu können glaube, so geschähe es, weil die englische Regierung ihren Standpunkt in der Meerengenfrage nicht geändert habe und weil diese Frage eine für Rußland günstige Lösung finden müsse, sobald wir es für nötig finden, diese Frage zur Diskussion zu stellen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 2474.

Wir wünschen nicht, uns der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten zu widersetzen. Aber wir wollen die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie schwierig weitere Verhandlungen in diesem Falle werden würden. Wenn die türkische Regierung Konstantinopel verläßt und sich nach Kleinasien zurückzieht, so würde sie keine weiteren Verluste zu befürchten haben, die türkische Armee würde sich von den letzten Schlägen erholen können, und für die Pforte würde keine Notwendigkeit vorliegen, Nachgiebigkeit zu zeigen, da die Lage sich nicht noch mehr verschlimmern könnte. Ähnliches hat sich im Jahre 1900 in Peking ereignet, als die Flucht der Regierung die Verhandlungen nach der Besetzung der chinesischen Hauptstadt in die Länge zog. Aber eine Verzögerung der Friedensverhandlungen könnte jetzt, da die Balkan-Alliierten nur über ungenügende Mittel verfügen und in Europa kein absolutes Einvernehmen herrscht, die Interessen der ersteren schädigen und den europäischen Frieden auf eine harte Probe stellen. Andererseits kann eine längere Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten uns zwingen, unsere Flotte ebenfalls dorthin zu schicken, und würde dieselbe ebensolange dort bleiben wie die Alliierten. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Mächte jetzt beschließen müssen, ob sie der Bitte der Türkei Folge leisten und die nötigen Maßnahmen zu einer Vermittlung ergreifen wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 307.

Ihr Telegramm 2474 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er sagt, daß, wenn auch der Entschluß der russischen Regierung überraschend komme, er wohl wisse, was Konstantinopel für Rußland bedeute, und daß er sich deshalb über unseren Entschluß nicht wundere. Da ich das Wort „Eskader“ gebraucht hatte, fragte mich Grey, ob dies bloß die Flotte bedeute. Ich erwiderte, daß Ihr Telegramm keine weiteren Andeutungen enthielte. Er gab mir hierauf Kenntnis von einem Telegramm von Lowther, das von einer gewissen Beruhigung in Konstantinopel spricht; die Pforte schein wieder die Oberhand gewonnen zu haben, und die Ansicht mehrerer ausländischer Militäragenten, u. a. auch des deutschen, geht dahin, daß die Truppen von Konstantinopel, besser ausgerüstet, in der Lage wären, die Linie von Chataldja längere Zeit zu halten. Lowther fügt hinzu, daß die Militäragenten übrigens nicht alle derselben Ansicht seien. Ich erwiderte Grey, daß der Zeitpunkt und auch die Umstände, unter denen unsere Flotte erscheinen würde, von uns deutlich bestimmt worden seien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 308.

Persönlich. Grey denkt, daß die Lage bedeutend entspannt wäre, wenn das Telegramm Lowthers richtig vorausgesehen habe. Das Verbleiben des Sultans in Konstantinopel sei die einzige befriedigende Lösung. Wenn er aber die Hauptstadt verlasse, so würde seine Rückkehr ernststen Schwierigkeiten begegnen, u. a. würde die öffentliche Meinung in mehreren Ländern, ganz besonders in England, Einwendungen erheben. Da eine Lösung zugunsten Bulgariens augenscheinlich nicht zugelassen werden könne, hauptsächlich wegen Rußlands, so habe er an eine besondere Kombination — Neutralisierung und freie Stadt — als das geringste von andern Übeln gedacht, doch wolle er Sie zuerst über Ihre Ansicht befragen. Ich erwiderte, daß ich sehr daran zweifelte, daß ein derartiges Projekt Ihre Zustimmung finden könne, da sich zu große internationale, ethnologische, religiöse und geographische Schwierigkeiten er-

geben würden. Grey sagte, er gäbe sich natürlich hierüber Rechenschaft, auch habe er diesen Gedanken nur für den Fall geäußert, daß es unmöglich werden sollte, die türkische Herrschaft über Konstantinopel aufrechtzuerhalten. Ich sagte ihm, daß ich meinen Standpunkt nicht verändern könne, daß ich ihm jedoch dankbar sei, daß er dieses Projekt Ihnen gegenüber zuerst erwähnt habe, da keine andere Macht in demselben Maße wie Rußland in dieser Frage interessiert sei. Ich fügte hinzu, daß ich den einzigen Vorzug seines Vorschlages darin erblicke, daß er weniger als irgendein anderer die nationalen und religiösen Gefühle verletzen würde; es gäbe hierbei zwei Fragen zu beachten, den Bosphorus und die Dardanellen, und in dieser doppelten Hinsicht müsse Rußland ganz besondere Garantien erhalten — denn eine einfache Veränderung des Pariser Traktates würde in diesem Falle nicht genügen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 276. .

Aus allen von mir erhaltenen und sorgfältig geprüften Informationen ergibt sich folgendes: Zwischen den vier Verbündeten ist ein Übereinkommen erzielt — sozusagen ein Block gebildet — worden, um die Annexion der eroberten Gebiete auf alle Fälle durchzusetzen. Was Serbien und Bulgarien anbelangt, ist das Übereinkommen ein festes, gegenseitiges und vollständiges. Aber beide Staaten beargwöhnen Griechenland, welches hauptsächlich den Besitz von Saloniki und sogar Bitoli im Auge hat. Diesem werden sich die Bulgaren widersetzen, wobei sie von den Serben unterstützt werden werden. Die Haltung Montenegros, die wenig Vertrauen erweckt, beunruhigt hauptsächlich die Serben. Einen besonders unangenehmen Eindruck macht das Streben Montenegros, den Serben die Erreichung ihrer historischen Ansprüche zu erschweren. Ein Beweis hierfür: die unerwartete Besitzergreifung des unbefestigten Klosters von Detchan; das Einrücken in das von serbischen Truppen bereits besetzte Prizrend und das offene Streben, den Serben in San Giovanni zuvorzukommen. Die Verbündeten sind jedoch geneigt, alle diese Reibungen zu verheimlichen, um

den Vermittlungsversuchen der Mächte gegenüber einig zu erscheinen. Die Forderungen der Verbündeten, welche mit den Waffen in der Hand bis zum äußersten zu verteidigen sie sich geeinigt haben, sind die folgenden: 1. Alle die durch ihre Heere eroberten Gebiete bilden ein Kondominium, welches später nach gegenseitiger Vereinbarung geteilt werden soll. 2. Die Verbündeten lassen nicht einmal den Gedanken eines autonomen Albaniens oder Mazedoniens zu und werden sich einem solchen Plane gemeinsam widersetzen. 3. Mazedonien wird zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland geteilt; Albanien zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland. 4. Die besonderen Forderungen Bulgariens erstrecken sich in der Richtung von Konstantinopel bis zu einer Linie von der Mündung der Maritza nach Lüle-Burgas—Bunar-Hissar bis zum Schwarzen Meere. Es kann keine Rede davon sein, Adrianopel und Kirk-Kilisse, die so viele Opfer gekostet haben, wieder zurückzugeben. 5. Die besonderen Forderungen Serbiens: der Sandschak von Nowibasar, wobei ein schmaler Streifen Montenegro überlassen werden soll; ganz Alt-Serbien und der nördliche Teil Albaniens mit dem Ufer von Medua bis Sameni oder Skumbia, je nach dem Übereinkommen mit Griechenland, dem der übrige Teil dieser Provinz zufällt. Die Verbündeten haben beschlossen, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. Oktober/5. November 1912. — Nr. 2461.

Ich telegraphiere nach Paris: Heute hat mir der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von jedem Gedanken einer territorialen Kompensation zu ihren Gunsten absieht. Auf meine Frage, warum in diesem Falle das Wiener Kabinett die französische Formel der Uneigennützigkeit nicht angenommen hat, erwiderte Thurn, daß in derselben nicht bestimmt wird, daß die Uneigennützigkeit sich nur auf territoriale Erwerbungen bezieht. Ich nehme an, daß Frankreich eine diesbezügliche Berichtigung Wien zukommen lassen könnte. Ich wies Thurn darauf hin, daß man mit dem Lebensinteresse Serbiens, einen Zugang zum Adriatischen Meere zu erhalten, rechnen müsse und daß Österreich sich diesem nicht widersetzen

solle, um ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Serbien herstellen zu können. Der Botschafter antwortete, daß er meine Antwort nach Wien weitergeben wird, daß seine Regierung aber die öffentliche Meinung berücksichtigen müsse. Sich auf ökonomische Interessen beziehend, wies Thurn darauf hin, daß es wünschenswert sei, sie durch mehr als einen einfachen Handelsvertrag mit Serbien zu schützen, worauf ich erwiderte, daß es meiner Ansicht nach nichts gäbe, was diesem Zwecke besser dienen könne, als ein Handelsvertrag. Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus der Versuch gemacht werden wird, Wien zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ich nehme an, daß die Anstrengungen der französischen und englischen Diplomatie sich einstweilen parallel mit unseren Schritten auf ein freundschaftliches Einwirken in diesem Sinne in Wien richten müssen, ohne irgendwelche kategorische Erklärungen abzugeben, die den Charakter einer Drohung haben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 302.

Der französische Geschäftsträger hat mir von einem Telegramm Kenntnis gegeben, in dem der französische Botschafter in Berlin über eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister berichtet. Letzterer hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß die Dreibundmächte durchaus einig seien und daß deshalb keine Bedrohung des Friedens zu erwarten sei. Im Laufe dieser Unterredung hat San Giuliano, trotz der Einwendungen Cambons, darauf bestanden, daß Italien und Österreich, welche die Schaffung eines albanischen Staates wünschen, auf dem Ausschluß Serbiens von der adriatischen Küste bestehen, und er hat zu verstehen gegeben, daß die Wünsche Serbiens, einen Zugang zum Meere zu erhalten, im Ägäischen Meere Befriedigung finden könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 306.

Ihr Telegramm 2461 erhalten. Grey sagt mir, daß er sich vollkommen Rechenschaft gibt, wie ernst diese beiden Öster-

reich und Serbien betreffenden Fragen sind. Er befürchtet, daß der serbische Zugang zur Adria leichter einen akuten Charakter annehmen könne als die Frage der österreichischen ökonomischen Interessen, für die man seiner Ansicht nach leichter eine befriedigende Lösung finden können wird. Ich erwiderte, daß man auch diese Frage nicht allzu leicht einschätzen dürfe, sie könne sich in eine Absorption verwandeln, was die österreichische Hartnäckigkeit, Serbien vom Meere auszuschließen, erklären würde. Ich sagte ihm, daß Serbien mit der größten Energie Widerstand leisten würde, so daß Österreich wieder das Projekt einer Annexion in Erwägung ziehen könnte. Grey sagte, daß der serbische Gesandte gestern in der Tat von einer sehr energischen Erklärung gesprochen habe. Dies rufe seine Befürchtung wach, daß es jetzt vielleicht nicht mehr möglich sein werde, die Wünsche der beiden Länder in Einklang zu bringen, und deshalb halte er es für zweckmäßiger, die Lösung dieser Frage bis zur allgemeinen Regelung aufzuschieben.

Aus diesem Grunde sollten auch die Mächte die Balkan-Alliierten fragen, ob sie geneigt wären, eine Vermittlung anzunehmen und selbst ihre Wünsche zu formulieren. Da Österreich sich heute außerhalb des europäischen Konzertes befindet, wird man von ihm nicht erreichen können, daß es einem Schritte der Mächte beitrifft, welcher einen Versöhnungsversuch auf der von Ihnen angegebenen Basis darstellt; es liege aber kein Grund vor, daß Österreich sich an dem von ihm in Aussicht genommenen Schritte nicht beteiligt. Ich erfahre durch Mensdorff, daß Grey ihm gegenüber die Notwendigkeit betont hat, die österreichischen Wünsche zu mäßigen, deren Berechtigung er vom ökonomischen Standpunkte aus durchaus anerkennt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 26. Oktober/8. November 1912. — Nr. 2500.

Weisen Sie den italienischen Außenminister darauf hin, daß es äußerst wünschenswert sei, daß Österreich in der Frage der Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meere nachgibt. Es ist gefährlich, Tatsachen keine Rechnung tragen zu wollen. Serbien wird sich mit nichts anderem zufrieden geben und rechnet auf die gemeinsame Unterstützung des Balkanblockes, was der

kriegerischen Stimmung der betreffenden Völker durchaus entspricht. Eine serbische Seemacht braucht Österreich keine Bedenken einzulösen. Wir sind bereit, die ökonomischen Interessen Österreichs ebenso wie die Wünsche Österreichs und Italiens hinsichtlich der Gründung eines autonomen Albaniens in ernsthafte Erwägung zu ziehen. Wir wollen, daß auf dem Balkan ein dauernder Friede gesichert sei. Dies ist unmöglich, wenn die gerechten Interessen Serbiens nicht befriedigt werden. Ich nehme an, daß es auch den Interessen Italiens entspricht, seine zukünftigen Beziehungen zu Rußland und den mit ihm solidarischen Mächten genau zu regeln, und daß es deshalb jetzt auf seinen Bundesgenossen einwirken wird. Auf diese Weise würde Italien auch seine Stellung in den Balkan-Hauptstädten wieder befestigen, welche durch den Friedensschluß mit der Türkei, der im Augenblicke der Kriegserklärung auf finanzieller Basis erfolgt ist, stark erschüttert erscheint. Indem Sie diese Fragen mit dem italienischen Außenminister besprechen, müssen Sie versuchen, Ihre Erklärungen in eine möglichst freundschaftliche Form zu kleiden, um das Selbstgefühl der Italiener nicht zu verletzen.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris
Iswolsky an den russischen Außenminister Sazonow vom 25. Oktober/
7. November 1912.

Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen von Seiten Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilung sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war, und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln veranlassen könnten, scheint die

französische Regierung jetzt zugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Abkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Abkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann. Er hat mir gesagt, daß bei Erwägung der verschiedenen möglichen Folgen er seinen Vorgesetzten auf das Beispiel des Jahres 1832 hingewiesen habe, als Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona eingenommen und dieses erst evakuiert hat, nachdem die Österreicher sich aus der erstgenannten Stadt zurückgezogen hatten. Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territoriale Kompensationen aufgeben sollte.

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 22. Oktober/4. November 1912.

Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie

haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachungen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die kaiserlich russische Regierung ebenso wie die unsere eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 2513.

Die Frage eines Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meere hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die uns ernsthafte Bedenken einflößt. Wie früher, sind wir auch jetzt bereit, zusammen mit Frankreich und England Serbien unsere tatkräftige diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Verlässlichen Informationen zufolge sind Deutschland und Italien bereit, sich zusammen mit Österreich territorialen Erwerbungen Serbiens im Adriatischen Meere zu widersetzen. Man kann den Konflikt aus diesem Anlasse nicht bis zur Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges verschärfen. Um so unangebrachter erscheint uns die Haltung einiger serbischer Vertreter im Auslande. Wir erfahren, daß der serbische Vertreter in Berlin Riberlen erklärt hat, die Alliierten hätten bereits die ganze adriatische Küste unter sich geteilt, und Serbien sei der Unterstützung nicht nur Bulgariens, sondern auch Rußlands sicher. Was uns betrifft, halten wir eine solche Erklärung für unzulässig. Der Bündnisvertrag gibt Serbien kein Recht, auf die militärische Unterstützung Bulgariens in der Frage des serbischen Zuganges zum Meere zu rechnen. Die Verluste Serbiens und Bulgariens während des letzten Krieges lassen ihren Zusammenstoß mit Österreich von Anfang an als hoffnungslos erscheinen. Die Entsendung von serbischen Truppen in der Richtung Durazzo, mit dessen Besetzung Österreich sich nicht

einverstanden erklären wird, ist auch ein Zeichen, daß sich Serbien hinreißen läßt. Sagen Sie Positch, daß die Serben uns unsere Rolle ihres Advokaten nicht erschweren dürfen. In der Frage des Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meer unterscheiden wir das Ziel und die Mittel. Das Ziel ist die möglichst volle Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit dieses Landes; die Mittel der Zugang zum Adriatischen Meere, entweder als Folge einer territorialen Festsetzung am Ufer oder mittels einer Eisenbahnverbindung mit dem einen oder anderen Hafen unter denselben Bedingungen, die Österreich eventuell für den Transit seiner Waren nach Saloniki zugestanden werden würden. Ein Nachgeben Serbiens in der Frage der Erwerbung eines eigenen adriatischen Hafens wird es möglich machen, auf den andern Bedingungen, wie z. B. der territorialen Ausdehnung Serbiens nach Süden oder einer größtmöglichen Verringerung des albanischen Territoriums, zu bestehen. Wenn Österreich nicht versteht, daß es in seinem Interesse liegt, einen dauernden Frieden auf dem Balkan zu sichern, so nehmen wir an, daß Serbien, welches aus dem kurzen Kriege mit Eroberungen hervorgeht, auf die es früher kaum hoffen durfte, jetzt verstehen muß, daß es durch allzu große Forderungen das Erreichte nur in Frage stellen kann. Es liegt im Interesse Serbiens, seine Forderungen nicht zu hoch zu spannen, da deren Nichterfüllung die serbische Eigenliebe dann um so fühlbarer verletzen wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2526.

Der Beschluß Österreichs, sich der Erwerbung eines adriatischen Hafens durch Serbien zu widersetzen, ist unseren Informationen zufolge unumstößlich und wird von den Bundesgenossen Österreichs gebilligt. Andererseits erklären Frankreich und England ganz offen, daß sie nicht gesonnen sind, den Konflikt mit dem Dreibunde aus diesem Anlasse zu verschärfen. Unsererseits warnen wir Serbien, darauf zu rechnen, uns nach sich ziehen zu können. Wir werden mit dem Dreibunde wegen der Frage eines serbischen Hafens an der Adria nicht Krieg führen. Was den angeblichen Entschluß der Alliierten anbe-

langt, die ganze europäische Türkei unter sich aufzuteilen, ohne die Interessen Oesterreichs und Italiens zu berücksichtigen, so warnen wir gleicherweise vor den Folgen, zu denen eine derartig unbesonnene Politik führen kann, da Serbien auf diese Weise die Sympathien Frankreichs und Englands verlieren würde. Es ist gefährlich, nicht mit Tatsachen zu rechnen. Deshalb kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß es nötig sein wird, einen Uferstaat Albanien zu bilden. Wenn die Serben mehr Nachgiebigkeit zeigen, wird es leichter sein, bei der Bestimmung der Grenzen und der Organisation dieses albanischen Staates auf für Serbien günstige Bedingungen zu bestehen und ökonomische Vorteile zu erzielen. Je schroffer die Haltung Serbiens ist, um so größer die Gefahr, isoliert zu werden. Ich bitte Sie, mit Pasitch offen Rücksprache zu nehmen und ihn vor einer Expedition nach Durazzo zu warnen. Die Serben sollten uns nicht in die Notlage versetzen, uns von ihnen loszusagen, wenn wir offen zugeben müssen, daß sie in dieser Frage zu weit gegangen sind.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2540.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Oesterreich fest entschlossen ist, Serbien zur Adria nicht zuzulassen, und daß es sich die Unterstützung seiner Bundesgenossen gesichert hat. In Anbetracht dieser Solidarität der Dreibundmächte ist es für uns sehr wichtig zu wissen, wie Frankreich und England sich verhalten würden, wenn es nicht gelingen sollte, einem aktiven Vorgehen Oesterreichs vorzubeugen.

Ich habe versucht, den österreichischen Botschafter davon zu überzeugen, daß ein derartiger Schritt gefährlich und unzweckmäßig wäre. Ich habe Thurn gebeten, in Wien telegraphisch anzufragen, ob man es für möglich halten würde, Serbien einen Hafen an der Adria zu überlassen, wobei dieser einen ausschließlich kommerziellen Charakter erhalten würde. Der Botschafter zweifelt, daß dies möglich sein werde, und weist andererseits auf die Bereitwilligkeit seiner Regierung hin, einer völlig gleichwertigen Sicherung der serbischen ökonomischen Interessen und des Eisenbahntransites nach der Adria und nach Saloniki zuzu-

stimmen. Ich nehme an, daß es in allernächster Zeit nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Bestrebungen Österreichs und den Interessen Serbiens, sowohl ökonomischer als politischer Natur, herzustellen. Sehr wichtig ist es, das albanische Territorium möglichst zu verkleinern und gewisse Garantien hinsichtlich der zukünftigen Organisation dieses Landes zu erhalten. Diese Fragen können den Gegenstand eines vorbereitenden Meinungsaustausches bilden, aber ein endgültiger Entschluß kann nur von den Mächten gemeinsam nach reiflicher Prüfung aller einschlägigen Fragen gefaßt werden. Deshalb erscheint es uns unrichtig, daß Österreich jetzt die Frage des serbischen Zuganges zur Adria in endgültiger Weise lösen will.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 315.

. . . Ich fragte Grey, ob er in der serbischen Frage diese oder jene Lösung vorziehe. Er antwortete, daß er die Interessen Österreichs und diejenigen Serbiens für analog halte und daß sowohl für Serbien als auch für Österreich eine Eisenbahn unter serbischer Verwaltung und Kontrolle zu einem näher zu bestimmenden Hafen führend den berechtigten Forderungen Serbiens entsprechen dürfte, ebenso wie dadurch den Forderungen der allgemeinen internationalen Lage Genüge geleistet werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1912. — Nr. 316.

Paul Cambon hat mir sehr vertraulich zwei Telegramme Jules Cambons an Poincaré über die bekannte Unterredung zwischen Ribleren und dem serbischen Geschäftsträger vorgelesen. Das eine enthält die Version Riblerens, das andere die des serbischen Vertreters. In letzterer ersehe ich eine wichtige Auslassung. Da ich nicht weiß, ob Poincaré unserem Botschafter in Paris beide Telegramme mitgeteilt hat, will ich dies nachholen. Der serbische Geschäftsträger hat gefragt, ob Deutschland gegebenenfalls einen Krieg zwischen Rußland und Öster-

reich wegen des jetzigen österreichisch-serbischen Konfliktes als casus foederis auffassen würde, und nachdem hierauf eine bejahende Antwort erfolgt war, hat er gefragt, ob der casus foederis auch eintreten würde, wenn Frankreich sich an dem Kriege nicht beteiligen sollte. Riderlen hat geantwortet, daß selbst in diesem Falle Deutschland zu den Waffen greifen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 319.

Grey hat mir folgende Mitteilung über seine Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Mensdorff gemacht. Letzterer hat ihm zuerst im Auftrage Berchtolds erklärt, daß der Minister ganz wie Sir Edward militärische Operationen Serbiens in Albanien als kriegerische Maßnahmen betrachten würde, deren Berechtigung nicht bestritten werden könne; doch teile er nicht die Ansicht Sir Edwards, daß ein Meinungsaustausch zwischen Osterreich und Serbien hätte vermieden werden können: erstens, weil Serbien die Initiative ergriffen hat, und zweitens, weil Osterreich es hat verhindern wollen, daß Serbien mit Waffengewalt sich ein Faustpfand sichert, welches die Frage des territorialen Umfangs Albaniens zu beeinflussen geeignet wäre. Grey las Mensdorff das von ihm nach Belgrad geschickte Telegramm vor und fügte hinzu, er wisse, daß Rußland in Belgrad ebenso deutliche Ratschläge erteilt habe; er nähme mit lebhafter Befriedigung von dem österreichischen Standpunkt hinsichtlich der serbischen Operationen Kenntnis, und er glaube hieraus folgern zu können, daß das Wiener Kabinett sich jeder Drohung enthalten werde. Mensdorff antwortete, daß dies ganz seine Ansicht sei. Grey hat die Gefahr und das Unzweckmäßige einer derartigen Drohung Mensdorff gegenüber ganz besonders betont.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 320.

Ihr Telegramm 2540 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er bleibt auf seinem Standpunkte hinsichtlich der serbischen Bestrebungen in Albanien und der Gefahr einer öster-

reichischen militärischen Aktion gegen Serbien. Diese beiden Punkte hat er in seiner Unterredung mit Mensdorff berührt, über die ich in meinem Telegramm Nr. 319 berichte. Ihrem Wunsche gemäß hat er in Belgrad zur Mäßigung geraten. Als ich Grey auf die Solidarität des Dreibundes hinwies und ihn fragte, ob er mir etwas über die Haltung Englands sagen könne, im Falle unsere Anstrengungen, eine österreichische Aktion zu verhindern, keinen Erfolg haben sollten, erwiderte Grey nach einiger Überlegung, daß es ihm unmöglich sei, auf eine Frage eine direkte Antwort zu geben, welche eine Möglichkeit betrifft, deren Eintreten ihm seit seiner Unterredung mit Mensdorff nicht mehr wahrscheinlich scheint, und auch weil die Haltung Englands vor allem von der Haltung der andern Mächte abhängen werde. Die solidarische Haltung gibt uns in dieser Hinsicht wertvolle Hinweise, aber keine positiven Tatsachen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 321.

Zur Bervollständigung meines Telegramms Nr. 320. Persönlich. Ich habe die Frage einer eventuellen englischen Haltung mit einer gewissen Vorsicht behandelt und habe mich aus verschiedenen Gründen nicht näher ausgesprochen. Erstens, weil Cambon diesen Punkt mit Grey bereits besprochen hatte. Grey hat ihm gesagt, daß uns die diplomatische Unterstützung Englands zugesichert sei, daß ihn aber heute eine direkte Frage hinsichtlich der Eröffnung von Feindseligkeiten in eine schwierige Lage versetzen würde. Meiner Ansicht nach wird es von den Ereignissen abhängen, wie diese Frage gelöst werden wird. Ubrigens ist heute die öffentliche Meinung mit den für die slawische Sache erreichten Resultaten zufrieden und denkt nicht an Krieg. Hierzu kommt leider der Umstand einer Ministerkrise, die zwar wahrscheinlich vertagt ist, aber die Stellung des Kabinetts erschüttert hat. In dieser Hinsicht hat Bonar Law immerhin bei Eröffnung der gestrigen Debatten noch einmal wiederholt, daß er zu der auswärtigen Politik des Kabinetts Vertrauen habe und daß dieses Vertrauen auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden würde. Grey selbst hat mir von der Ministerkrise gesprochen und gesagt, sie würde keine Wirkung

auf die ausländische Politik haben. Ganz vertraulich hat er hinzugefügt, daß er sich in dieser Hinsicht in beständigem Kontakt mit Lansdowne befindet. Es muß bemerkt werden, daß Grey nichts gesagt hat, was darauf hindeuten könnte, daß England sich eines Eingreifens enthalten wird. Unter diesen Umständen ist Greys Antwort alles, was ich erwarten konnte. Die Erwähnung der Rolle der andern Mächte bringt die Antwort Greys in Verbindung mit der Erklärung, die Nicolson Cambon gemacht hat und die ich sonst nicht erwähnt hätte, da Nicolson nur seine persönliche Antwort geäußert hat und nicht die Kompetenz besitzt, eine derartige Frage zu beantworten: Nicolson hat Cambon mit allem Vorbehalt gesagt, daß, wenn der Dreibund im Kampfe gegen den Zweibund stände, seiner Ansicht nach England sich am Kriege beteiligen würde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß die Ansicht Nicolson's nicht immer die Ansichten Greys genau wiedergibt. Ich glaube, Grey hält den Augenblick nicht für gekommen, diese Frage dem Ministerrate zu unterbreiten.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 1./14. November 1912.

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Osterreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird, und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend das Projekt eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen:

Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Osterreich nach keinen territorialen Erwerbungen auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Osterreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen

des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmslos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregeln veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unsern Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: „sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen“. Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit.

Projekt eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsty an den französischen Außenminister Poincaré.

Ich habe nicht verfehlt, dem russischen Außenminister den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November zu unterbreiten. Herr Sazonow ermächtigt mich, Ihnen zu erklären, daß ebenso wie Frankreich auch Rußland einer territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Er nimmt mit Vergnügen von der Ansicht der französischen Regierung Kenntnis, daß Frankreichs Interesse durch eine solche Möglichkeit berührt werden würde. Die russische Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, sich gemeinsam mit den Kabinetten von Paris und London über die Handlungsweise zu verständigen, die in einem solchen Falle nötig werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. November 1912. — Nr. 323.

Wie mir Grey vertraulich mitteilt, hat der italienische Botschafter erklärt, daß, wenn es sich um eine Garantie für Albanien

handeln werde, er glaube, daß seine Regierung eine Garantie aller Mächte der Garantie Österreichs und Italiens allein vorziehen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 324.

Nicolson hat mir ein Telegramm Buchanans vorgelesen, welches über Ihre letzten Unterredungen mit den Vertretern Deutschlands und Österreichs berichtet. Er hat mir den Inhalt der Antwort mitgeteilt, die Grey Buchanan zu geben gedenkt. Grey legt der prinzipiellen Klärung der albanischen Frage die größte Bedeutung bei. Nicolson hat diesen Punkt betont, da er glaubt, es wäre nicht möglich, mit Erfolg auf Österreich einzuwirken, wenn man ihm nicht gleichzeitig beruhigende Erklärungen über den Standpunkt der Mächte, Rußland einbegriffen, in der albanischen Frage geben könne. Ich habe geantwortet, daß Sie bereits die Möglichkeit eines albanischen autonomen Uferstaates zugegeben hätten. Nicolson antwortete, man müsse dies in Wien erklären und er hoffe, daß Sie keine Einwendungen dagegen erheben würden. Ich glaube in der Tat, daß dieses im Hinblick auf Ihr Telegramm 2540 sehr wünschenswert ist. Der Standpunkt: „Der Balkan für die Balkanvölker“ wird sicherlich auch den Albanern gegenüber angewandt werden. Die Unnachgiebigkeit der Serben macht hier keinen guten Eindruck. In Anbetracht der schweren Folgen, die die jetzige Lage nach sich ziehen kann, ist der wichtigste, vielleicht der entscheidende Punkt, was England anbelangt, der, daß, abgesehen von der größten Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen, alles vermieden wird, was als eine serbische Provokation ausgelegt werden könnte, und daß unsere Unterstützung nur unter dieser Bedingung erfolgt; auf diese Weise würden wir die Verantwortlichkeit für eine aggressive Politik ausschließlich auf Österreich zurückfallen lassen. Der Ton Serbiens und Montenegros ruft schon den Eindruck hervor, daß die österreichische Regierung sich ruhig, sogar geduldig zeigt. Diesem Umstande lege ich die größte Bedeutung bei. Diese Erwägung wird in meinem Briefe, den Sie mit dem Kurier erhalten werden, weiter entwickelt.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 4./17. November 1912. — Nr. 369.

Im Laufe einer Unterredung bezüglich der Antwort Frankreichs auf meine den österreichisch-serbischen Konflikt betreffenden Mitteilungen hat mir Poincaré erklärt, es sei ihm unmöglich, selbst privatim, die Richtlinien der französischen Politik im Falle einer aktiven Einmischung Österreichs festzulegen, bevor die russische Regierung ihm nicht ihre eigenen Absichten mitgeteilt haben wird. Es ist Sache Rußlands, sagte er mir, die Initiative in einer Frage zu ergreifen, an welcher es in erster Linie interessiert ist; Frankreichs Aufgabe ist es, ihm in tatkräftigster Weise beizustehen; wenn die französische Regierung die Initiative selbst ergreifen würde, so würde sie Gefahr laufen, entweder über die Absichten ihres Verbündeten hinauszugehen oder ihnen nicht gerecht zu werden. Um die Möglichkeit jeden Zweifels auszuschließen, wie weit wir in unserer Unterstützung Serbiens gehen würden, hielt ich es für nötig, eine Stelle aus den Instruktionen des Außenministers an unsern Gesandten in Belgrad hervorzuheben, in der es heißt, Frankreich und England hätten offen erklärt, sie seien keineswegs gesonnen, eine Zuspitzung des Konfliktes mit dem Dreibunde zuzulassen.

Alles in allem, fügte Poincaré hinzu, bedeutet dies, daß, wenn Rußland Krieg führt, auch Frankreich Krieg führen wird, da wir wissen, daß Deutschland in dieser Frage hinter Österreich stehen wird. Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der gegenwärtigen Angelegenheit kenne, antwortete mir Poincaré, daß nach seinen Informationen das Londoner Kabinett sich für den Augenblick darauf beschränken würde, Rußland seine ganze diplomatische Unterstützung zu versprechen, aber daß dies gegebenenfalls einen tatkräftigeren Beistand nicht ausschloße.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 372.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden und in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Frage habe ich mein Telegramm 369 Poincaré vorgelesen, der mit dem Text vollkommen ein-

verstanden ist. Er hat mich nur gebeten, seinen Gedanken hinsichtlich eines Punktes näher zu entwickeln, nämlich was die Bedingungen anbelangt, unter denen Frankreich Krieg führen würde. „Es muß wohl verstanden sein, sagte er, daß Frankreich in dem bestimmten Falle Krieg führen würde, wenn der in dem Bündnis vorhergesehene casus foederis eintritt, nämlich wenn Deutschland Österreich mit den Waffen gegen Rußland unterstützen würde.“

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912.

Meine in den letzten 14 Tagen abgeschickten Telegramme haben Ihnen über meine verschiedenen Unterredungen mit Grey berichtet und ich halte es heute für notwendig, ganz besonders auf Ihr Telegramm 2540 zurückzukommen, durch welches ich beauftragt wurde, Grey zu fragen: Welches wird die Haltung Englands sein, wenn Österreich zu militärischen Maßnahmen gegen Serbien schreitet?

Wie ich Ihnen bereits telegraphiert habe, hat Grey erwidert, er könne mir keine bestimmte Antwort geben, ehe er nicht wisse, was die andern Mächte tun würden. Sie werden bemerken, daß der Minister, ohne bei der bestimmten Form meiner Frage zu bleiben, ohne weiteren Übergang die letzte Folge in Betracht gezogen hat. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß, indem Grey von der Haltung der andern Mächte sprach, er damit nicht meinte, daß er wissen wolle, welches unser Programm sein würde. Er stellte sich auf den Standpunkt eines konkreten Konfliktes. Es handelt sich also darum, festzustellen, welches die Haltung Frankreichs, Deutschlands und auch Italiens sein würde.

Sie werden sich erinnern, daß während der bosnischen Krise Grey mir gegenüber erwähnt hatte, daß die Möglichkeit einer deutschen Hegemonie den Frieden bedrohen würde. In letzter Zeit, nämlich während der Verhandlungen zwischen England und Deutschland, zu denen der Besuch Lord Salbanes geführt hatte, waren diese Verhandlungen infolge der Formel gescheitert, daß England, obwohl es an keiner Gruppierung der Mächte teilnahm oder teilzunehmen gedachte, welche aggressive Ziele

gegen Deutschland verfolgte, sich dennoch seine Handlungsfreiheit im Falle einer aggressiven Politik Deutschlands wahren wollte. Ich glaube, daß auch jetzt die englische Regierung sich auf diese beiden Prinzipien stützen wird.

Euere Exzellenz hat aus meinem Telegramm ersehen, daß ich auf dieser Frage weiter nicht bestanden habe. Ich glaube, es wäre unnütz gewesen. Er hatte mir genug gesagt, um uns zu beweisen, daß unter gewissen speziellen Bedingungen England in den Krieg eintreten würde. Meiner Ansicht nach sind hierzu zwei Bedingungen nötig: erstens, daß durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird; zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf unsere Gegner falle. Ich glaube, es ist für uns dringend notwendig, diese letzte Bedingung im Auge zu behalten. Sie zieht vor allem die Notwendigkeit der bedingungslosen Aufrechterhaltung des Prinzips unserer Uneigennützigkeit nach sich.

Durch dieses Prinzip erlangen wir einen Einfluß, der gegebenenfalls entscheidend sein kann. Wenn wir Fragen aufwerfen, wie z. B. die der Dardanellen oder andere in Kleinasien, wo die Interessen Rußlands allein auf dem Spiele stehen, so würden wir uns gewiß dieses Einflusses berauben. Ganz wie Euere Exzellenz bin ich mir der ungeheuren Wichtigkeit bewußt, die für uns im Falle eines Krieges die Teilnahme Englands bedeutet, und wenn es sich um ein Opfer unsererseits handelt, so glaube ich, daß wir dies Opfer bringen müssen. Ich wiederhole, in den Augen der öffentlichen Meinung Englands und folglich auch in den Augen der englischen Regierung wird bei der jetzigen Stimmung dieses Landes der Angreifer unrecht haben. Es wird nötig sein, diesen aggressiven Charakter der österreichischen oder deutschen Politik möglichst klar hervortreten zu lassen. Dies wird uns um so leichter fallen, wenn wir dem Standpunkte, auf den wir uns seit Beginn der Krise gestellt haben, treu bleiben. Wir müssen nur konsequent mit uns selber handeln.

Was die englische öffentliche Meinung anbelangt, so hat sich während der letzten 14 Tage keine Änderung vollzogen. Immerhin ist das Publikum, welches den Frieden wünscht,

hinsichtlich der Zukunft der Balkanvölker beruhigt. Man zweifelt in England nicht, daß sie die Sieger sind. Die lebhaften Sympathien Englands für diese Völker sind befriedigt. Daraus ergibt sich ein Optimismus, der für uns nicht ganz vorteilhaft ist.

Da das genannte Ziel erreicht ist, wird die öffentliche Meinung Englands nur schwer einsehen, daß Ursachen, die in ihren Augen nur nebensächliche Bedeutung haben, wie z. B. ein serbischer Hafen an der Adria oder die Größe des albanischen Territoriums, schrittweise zu einem Kriege führen können. Dasselbe, wenn auch unter gewissen Einschränkungen, will ich von der Zukunft Konstantinopels sagen.

Aber dieser Optimismus und diese Zuversicht haben noch eine andere Folge. Die öffentliche Meinung Englands läßt die unbestreitbare Tatsache zu, daß Österreich infolge seiner geographischen Lage sehr wichtige ökonomische Interessen auf dem Balkan besitzt, und das Recht, letztere zu verteidigen, wird ihm zugestanden. Die öffentliche Meinung geht nicht weiter und kümmert sich nicht um die verborgenen Ursachen. Aber auch hier, glaube ich, wird die Frage, wer der Angreifer ist, von der größten Bedeutung sein. Nur in diesem Falle wird die englische Regierung die Unterstützung der öffentlichen Meinung finden, deren sie bedarf, um energisch handeln zu können. Derartige Erwägungen beschäftigen gewiß Grey und seine Ministerkollegen. Ich sehe den Widerhall in der Antwort, die er auf die von mir gestellte Frage gegeben hat.

Ich werde nicht verfehlen, ihn bei passender Gelegenheit auf diese Frage nochmals zurückzubringen und Ihnen möglichst ausführlich zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376¹⁾.

Ich habe den Inhalt Ihres Telegramms Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen

¹⁾ Siehe dasselbe Telegramm S. 473.

hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 377 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakovo, Spet und Prizrend den Serben bleiben müssen. Tittoni sagte ihm auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderung Serbiens, einen Ausgang zum Adriatischen Meere zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen von Raconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Österreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von Seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagte Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 383.

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Botschafter berichtet, daß die Stimmung in Wien eine äußerst gespannte sei und daß die österreichische Regierung erfahren habe, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert und wären jetzt bereit, diese Forderungen zu unterstützen.

Außerdem habe das Wiener Kabinett erfahren, daß wir umfangreiche militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze treffen. Seinerseits mobilisiert Österreich drei Armeekorps in Galizien und hat seine militärischen Vorbereitungen gegen Serbien beendet. Der französische Geschäftsträger fügt hinzu, der deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen wird, daß Deutschland im Falle eines Krieges nur eine geringe Truppenmacht gegen Rußland stellen und seine Hauptkräfte gegen Frankreich richten werde und daß „Deutschland Rußland erst in Paris unterwerfen wird“. Andererseits erwartet Poincaré, daß Ismail Kemal Pascha, der augenscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, in diesen Tagen die Unabhängigkeit Albaniens auszurufen und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Deshalb droht der serbische Vormarsch nach Durazzo, Verwicklungen nicht nur mit den Albanern, sondern auch mit den Österreichern herbeizuführen, was seinerseits den Einfall der Österreicher in Serbien zur Folge haben würde. Dies alles beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt, ob Sie noch immer auf dem Standpunkt der von Ihnen unserm Gesandten in Belgrad gegebenen Instruktionen stehen, oder ob in dieser Hinsicht wirklich eine Änderung eingetreten ist. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, die Serben nicht nach Durazzo zuzulassen, und wenn Sie daher wirklich beschlossen haben, das Vordringen Serbiens bis zu diesem Hafen zu unterstützen, so muß dieses zu einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich mit allen seinen Folgen führen. Als Antwort habe ich Poincaré mit dem Inhalt Ihres Telegramms 2687 bekannt gemacht, aus welchem hervorgeht, daß Sie bestrebt sind, Mittel zu einer friedlichen Lösung dieser Frage zu finden, und daß deshalb kein Grund zur Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu irgendwelchen gefährlichen Schritten zu veranlassen suchen. Auf seine Bemerkung, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, unser Gesandter in Belgrad, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzustacheln, erwiderte ich, daß mir aus der Erfahrung des Jahres 1908 gut bekannt sei, wie leicht ungerechtfertigte Anklagen gegen Rußland und die russischen Diplomaten erhoben würden. Zum Schlusse betonte Poincaré,

daß es im jetzigen kritischen Augenblicke äußerst wichtig sei, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von Seiten Rußlands berufen könne, und daß es für alle klar sein müsse, daß Serbien, wenn es auf seinem Marsche nach Durazzo besteht, auf seine eigne Gefahr hin handelt. Poincaré bittet, obiges zu Ihrer Kenntnis zu bringen.
